



## **Der Preis des Wassers – und warum er zu teuer ist**

*Eine alternative Tarifikalkulation für die Berliner Wasserbetriebe im Geschäftsjahr 2007*

13.03.2008

Von David Hachfeld, [post@davidhachfeld.de](mailto:post@davidhachfeld.de)

Das Hauptgeschäft der Berliner Wasserbetriebe ist die Wasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung für Berlin. 2007 haben die Wasserbetriebe 200 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser gefördert und 233 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser gereinigt. Dabei entstehen Kosten, die auf den Wasserpreis umgelegt und so von den BerlinerInnen getragen werden. Im Jahr 2007 kostete ein m<sup>3</sup> Trinkwasser 2,29 €<sup>1</sup> und die Entsorgung eines m<sup>3</sup> Abwasser rund 2,55 €.

### **Kalkulatorische Kosten sind knallhart kalkulierte Gewinne**

In diesen Preisen sind jedoch nicht nur die tatsächlich bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung anfallenden Kosten enthalten: Ein erheblicher Anteil des Wasserpreises kommt dadurch zustande, dass das Land Berlin und die Konzerne RWE und Veolia, die seit der Teilprivatisierung 1999 Miteigentümer des Unternehmens sind, beträchtliche Gewinne aus den Wasserbetrieben ziehen. Schaut man in die aktuelle Tarifikalkulation der Wasserbetriebe, so stellt man fest, dass 44% des Wasserpreises nicht auf realen, sondern auf kalkulatorischen Kosten beruhen. Mit 23% stellen die **kalkulatorischen Abschreibungen** den größten Posten dar. Im Jahr 2003 haben die Wasserbetriebe ihr Verfahren zur Berechnung der Abschreibungskosten umgestellt.<sup>2</sup> Seit diesem Zeitpunkt fließen nicht mehr die realen Abschreibungskosten in die Preisberechnung ein, sondern die Kosten, die eine Wiederanschaffung der bestehenden Anlagen kosten würde (Wiederbeschaffungszeitwerte). Diese Abschreibungskosten werden aufgrund von Schätzungen ermittelt und liegen deutlich über den realen Abschreibungskosten. Der zweite Posten, der den Wasserpreis in Berlin künstlich in die Höhe treibt, sind die **kalkulatorischen Zinsen**. Diese Zinsen sind nichts Anderes als die Rendite, die sich RWE und Veolia und das Land Berlin jährlich auszahlen. Diese Renditezahlungen alleine machen 21%, also etwa ein Fünftel des Wasserpreises aus.

**Rekordgewinne für die Berliner Wasserbetriebe sind für die BerlinerInnen kein Grund zum Feiern. Denn an diesen Zahlen ist ablesbar, wie überteuert ihre Wasserrechnung ist!**

Die Berliner Wasserbetriebe wurden ab der Mitte der 1990er Jahre kommerzialisiert. Seit der Umwandlung der Berliner Wasserbetriebe in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) 1994 sollten die Wasserbetriebe nicht mehr kostendeckend, sondern gewinnorientiert wirtschaften:

<sup>1</sup> Hinzu kommt beim Trinkwasser noch 7% Umsatzsteuer. Der Grundtarif, der Juni 2007 eingeführt wurde, wurde in dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

<sup>2</sup> Diese Änderung wurde vorgenommen, weil der Berliner Verfassungsgerichtshof bereits 1999 eine zwischen dem Land Berlin und den privaten Investoren RWE und Veolia (damals noch Vivendi) sog. „Effizienzsteigerungsklausel“ für verfassungswidrig erklärt hatte, die es dem Unternehmen ermöglicht hätte, Einsparungen, die durch Effizienzsteigerungen erzielt werden, erst nach drei Jahren an die KundInnen weiterzugeben. Da die privaten Investoren nicht bereit waren, die aus der Verfassungswidrigkeit dieser Regelung resultierende Schmälerung der Gewinne hinzunehmen, sah sich der Senat 2003 gezwungen, die Änderung der Abschreibungsmethode als Kompensation zu beschließen. Ein wesentlicher Effekt der Änderung des Abschreibungsmodus ist die Verringerung der Steuerlast des Unternehmens, die wiederum zu Lasten des Landes geht.

künftig sollten die BerlinerInnen nicht nur durch Steuern, sondern auch durch ihre Wasserrechnungen die Löcher im Landeshaushalt stopfen. Durch die Teilprivatisierung 1999 erreichte dieser Kommerzialisierungskurs eine neue Stufe. Das Renditeziel der Wasserbetriebe wurde noch einmal nach oben geschraubt, und fortan stopfen die BerlinerInnen mit ihren Wasserrechnungen nicht nur die Löcher im Haushalt, sondern auch die Taschen der Konzerne RWE und Veolia.

**Der Berliner Wassertisch fordert die Abkehr von der Renditeorientierung und die Aufhebung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe.** Aufgabe eines Wasserversorgungsunternehmens sind die Sicherung des Menschenrechts auf Zugang zu Trinkwasser und der nachhaltige Schutz der natürlichen Wasserressourcen, und nicht die Erwirtschaftung von Profiten. Die Wasserpreise sollen sich nicht an überhöht kalkulierten Renditezielen, sondern an den tatsächlichen Kosten orientieren.

Im Jahr 2007 haben die Wasserbetriebe aus dem Verkauf von Trinkwasser Wasserverkauf 396,2 Mio. € und für Entwässerungsleistungen 699,4 Mio. € Einnahmen erzielt. Im selben Jahr schütteten die Wasserbetriebe 189,6 Mio. € an die Konzerne RWE und Veolia aus und erwirtschafteten einen Jahresüberschuss von 177,0 Mio. €, von dem 148,8 Mio. € an das Land ausgeschüttet wurden, 28,2 Mio. € wurden als Gewinnrücklage zurückgestellt. Das sind zusammen 33,5% der Einnahmen aus den Wasser- und Abwassergebühren! Wären die Wasserbetriebe nicht auf die Erwirtschaftung von Renditen, sondern auf kostendeckenden Betrieb ausgerichtet, wäre die Wassertarife in Berlin 33,5% günstiger.<sup>3</sup> Ein m<sup>3</sup> Trinkwasser würde dann statt 2,29 € nur 1,52 € kosten und ein m<sup>3</sup> Abwasser nur 1,70 € statt 2,55 €. Noch weiter sinken würden die Preise, wenn statt der überhöhten Abschreibung nach Wiederbeschaffungszeitwerten wieder mit den realen Abschreibungswerten gearbeitet würde. Die Errechnung dieser Differenz ist jedoch mit den derzeit in den Geschäftsberichten offen zugänglichen Zahlen kaum möglich. Der Antwort der Wasserbetriebe auf eine kleine parlamentarische Anfrage lässt sich jedoch entnehmen, dass in der Bilanz 2004, also im Jahr nach der Umstellung, die Abschreibungskosten um 55,2 Mio. € gestiegen sind (Gesamtabschreibung 2004: 233 Mio.), und dass die aus dieser Umstellung resultierenden Mehrkosten 4,7% des Wasserpreises ausmachen.<sup>4</sup> Geht man davon aus, dass sich diese Differenz kontinuierlich fortgesetzt hat, könnten die Wassertarife durch eine Rückumstellung um weitere 0,11 € (Trinkwasser) und 0,12 € (Abwasser) sinken. Der Gesamtwasserpreis<sup>5</sup> läge demnach bei 2,99 € pro m<sup>3</sup>, also 1,85 € unter dem aktuellen Preis (4,84 €). Ein Vier-Personen-Haushalt mit durchschnittlichem Wasserverbrauch<sup>6</sup> würde demnach jährlich 296,72 € sparen.

Allerdings sollte man zur Berechnung eines fiktiven Vergleichswasserpreises eines nicht profitorientierten, sondern nachhaltig wirtschaftenden Berliner Wasserversorgers nicht einfach nur die aus der Profitorientierung resultierenden Mehrkosten abziehen. Zu berücksichtigen ist auch, dass durch ein nachhaltiges Wirtschaften auch Mehrkosten entstehen können. Während die Wasserbetriebe seit der Teilprivatisierung ihre Investitionstätigkeit zurückgefahren haben, könnten ökologisch notwendige Verbesserungen, wie etwa die Trennung der Mischkanalisati-

---

<sup>3</sup> 33,5% ist für das Jahr 2007 zutreffend. Man mag einwenden, dass der Rekordgewinn 2007 auf die einmalige Sondereinnahme aufgrund der gewonnenen Klage der Wasserbetriebe gegen das Land (Straßenregenentwässerung) zurückzuführen ist, und dass mit diesem Gewinn die Schmälerungen der Renditen aus den letzten Jahren ausgeglichen wird. Auch wenn man dies berücksichtigt bleibt der Anteil der Rendite an den Wasserkosten jedoch hoch: im Jahr 2006 lag er bei 21,1%, und dies trotz geschmälerter Rendite aufgrund des Ausfalls der Einnahmen durch die Straßenregenentwässerung. Lässt man das Argument gelten, so läge der tatsächliche Wert zwischen 21,1 und 33,5%. Berechnet man den Wert nach der durch den Konsortialvertrag garantierten Mindestrendite (Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals mit r+2) so liegt der Wert bei 25,6%.

<sup>4</sup> Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15/11958

<sup>5</sup> Wasser- und Abwassertarif im Verhältnis 1:1.

<sup>6</sup> 110 Liter pro Tag und Kopf.

on in Teilen der Innenstadt,<sup>7</sup> oder die Ausstattung der Klärwerke mit einer vierten Reinigungsstufe eine Erhöhung der Investitionen sinnvoll erscheinen lassen. Ebenfalls denkbar wäre die Einführung eines Entwicklungscents, wodurch mit jedem verkauften m<sup>3</sup> Trinkwasser ein Cent in ein Fond zum Ausbau von Wasserversorgungssystemen in Entwicklungsländern fließen würde. Auch die Bildung von Rücklagen für unvorhergesehene Fälle sollte im Preis eine Berücksichtigung finden. Eine genaue Prognose dieser Zusatzkosten ist nicht möglich. Nimmt man an, dass sich die derzeitig überhöhten Abschreibungskosten (55,2 Mio. € 2004) und die zur Finanzierung von Investitionserhöhung und Entwicklungscents benötigten Mittel in etwa in Waage halten, und nimmt man ferner an, dass eine Rücklagenbildung in der derzeitigen Höhe (2007: 28,2 Mio. €) bestehen bleibt, so **würde ein alternativer Wasserpreis eines nicht-profitorientierten Berliner Wasserversorgers immer noch 30,9% unter dem aktuellen liegen.**<sup>8</sup>

Ein m<sup>3</sup> Trinkwasser würde demnach 1,58 € und ein m<sup>3</sup> Abwasser 1,76 € kosten. **Ein Vier-Personen-Haushalt mit durchschnittlichem Wasserverbrauch<sup>9</sup> würde demzufolge jährlich 240,19 € sparen** – und das trotz steigender Investitionstätigkeit und Einführung eines Entwicklungscents.

Eine rasche Abkehr der Berliner Wasserbetriebe von ihrem renditeorientierten Geschäftsprinzip erscheint aufgrund der langen Laufzeit der Teilprivatisierungsverträge und der damit zusammenhängenden Machtstellung der Konzerne vielen unrealistisch. Bisher agiert die Politik im wesentlichen als vertragstreuer Renditesicherer für die Konzerne und kassiert dafür die BürgerInnen Berlins ab. Dieses kann jedoch nur dann funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger Berlins uninformatiert bleiben, und sich dagegen nicht wehren. Wir erwarten von einer Jahresbilanz Wahrheit und Klarheit. Das gilt insbesondere für einen Betrieb, der uns mit dem wichtigsten Lebensmittel versorgt - unserem Wasser.

Aus diesem Grund ist diese alternative Tarfberechnung keine sinnlose Zahlenspielerlei. Sie zeigt, wie stark sich die Kommerzialisierung der Wasserbetriebe in den Endpreisen für die VerbraucherInnen niederschlägt. Und sie macht auch deutlich, dass die Aufhebung der Teilprivatisierung alleine nicht automatisch zu einem fairen Wasserpreis führt. Eine Aufhebung der Teilprivatisierung muss daher mit einer Abkehr von der renditeorientierten Preisgestaltung verknüpft werden.

Wir wollen eine ökologisch vernünftige und gesunde Wasserversorgung für uns und für nachfolgende Generationen. Wasser darf kein Renditeobjekt sein. An diesem Ziel mitzuarbeiten, erfordert Kompetenz und Tatkraft. Wir wollen, dass viele Menschen beginnen nachzudenken und an diesem Prozess mitarbeiten.

---

<sup>7</sup> Die bestehende Mischkanalisation führt derzeit dazu, dass die Kanalisation bei starken Regenfällen überlaufen kann und Fäkalien in die Spree gelangen.

<sup>8</sup> Dies entspricht dem Verhältnis von der Gewinnausschüttung an die Konzerne RWE und Veolia und an das Land Berlin und den Einnahmen aus Wasserversorgung und Entwässerung.

<sup>9</sup> 110 Liter pro Tag und Kopf.